



Betreff: öffentlich
Schaffung einer Verwaltungseinheit für die Belange des ländlichen Raumes

bezüglich
DS Nr.: 05/SVV/0956

Erstellungsdatum 13.04.2006

Eingang 902:

Einreicher: FB Umwelt und Gesundheit

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

03.05.2006 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Ergebnis der Prüfung einer internen Umstrukturierung der Verwaltung zur Zusammenfassung der für den ländlichen Raum relevanten Bereiche in einer Verwaltungseinheit (DS 05/SVV/0956)

Beratungsergebnis

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

Sitzung am:

zurückgestellt

zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Potsdam ist durch seine Größe und Einwohnerzahl, die natürlichen, historischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten sowie insbesondere durch seine vielfältigen Funktionen als Landeshauptstadt geprägt. Diese Gegebenheiten und Aufgaben bilden die Grundlage für die Schwerpunktsetzung und Prioritäten bei der Verwaltung und Entwicklung der Stadt.

Mit der Gemeindegebietsreform 2003 sind die Orte des ehemaligen Amtes Fahrland sowie Golm zu Ortsteilen der Stadt Potsdam geworden. Dieser gewachsene ländliche Raum mit seiner Ausdehnung und seinen Besonderheiten ist seither integraler Bestandteil der Stadt und ihrer Entwicklung, bildet jedoch nur einen Aufgaben- und Entwicklungsbereich.

Auf der Grundlage des o.g. Prüfauftrages der SVV hat die Verwaltung in enger Abstimmung der entsprechenden Bereiche untereinander und unter Einbeziehung der Betroffenen die Voraussetzungen, Möglichkeiten und Effekte einer solchen Umstrukturierung untersucht. In diesem Zusammenhang wurde von Seiten der Antragsteller und der Vertreter der neuen Ortsteile auf mehreren Veranstaltungen geäußert, dass die Schaffung dieser neuen Verwaltungseinheit insbesondere zum Zwecke der Optimierung der Betreuung der Landwirte angestrebt werden soll.

Daher wurde vor allem geprüft, welche Aufgaben gegenüber den Landwirten durch die Stadtverwaltung wahrzunehmen sind und wo diese Aufgaben im System der Stadtverwaltung angesiedelt sind:

Aufgabe	Umsetzung/Wahrnehmung
Agrarförderung (Flächenprämien, sonstige Produktionsförderung, Investitionsförderung)	über eine entsprechende Verwaltungsvereinbarung durch den Landkreis PM , Koordination mit der Stadt über Bereich Umwelt und Natur
Cross Compliance (Einhaltung von Umwelt- und Verbraucherschutzstandards durch Landwirtschaftsbetriebe im Zusammenhang mit der Agrarförderung, neue Förderpolitik der EU seit 2005)	Bereich Umwelt und Natur in Zusammenarbeit mit den anderen fachlich zuständigen Bereichen in der Verwaltung sowie dem zentralen Prüfdienst und dem Landkreis PM (als Bewilligungsbehörde)
Einhaltung des Düngerechts	Bereich Umwelt und Natur
Bodenrecht (GVG, Landpachtverträge)	Bereich Umwelt und Natur
Integrierte ländliche Entwicklung (ILE)	Bereich Umwelt und Natur in Zusammenarbeit mit den übrigen Struktureinheiten der Verwaltung, dem Regionalmanagement und den Akteuren vor Ort
Veterinärwesen und Verbraucherschutz	Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
Jagd- und Fischereiwesen	Bereich Allgemeine Ordnungsangelegenheiten

Aus dieser Übersicht wird ersichtlich, dass die Aufgaben, welche die Belange der Landwirte/Landwirtschaft betreffen, im Geschäftsbereich 3 und hier zum größten Teil innerhalb des Fachbereiches Umwelt und Gesundheit angesiedelt sind. Damit ist bereits eine hohe Konzentrationswirkung/Bündelung gegeben. Diese Strukturen und Aufgabenverteilung sind auch für den Bürger über die modernen Medien (Internet) bzw. über den Bürgerservice der Stadtverwaltung einsehbar.

Die wahrzunehmenden Aufgaben betreffen sowohl die Leistungsverwaltung als auch die ordnungsbehördliche Verwaltung und bedürfen zu ihrer korrekten Durchführung einer gewissen Unabhängigkeit voneinander. Aus diesem Grund wird eine noch weiter gehende Zusammenführung der genannten Aufgabengebiete in einer gesonderten Struktureinheit als nicht zielführend angesehen.

Gleichzeitig kann ein großer Teil der o.g. Aufgaben und Inhalte (z.B. Jagd- und Fischereianglegenheiten, Veterinärwesen und Verbraucherschutz, Grundstücksfragen) sowie weitere von den Landwirten beispielhaft benannte Belange (Fragen des Bauordnungsrechts,

Katasterangelegenheiten) nicht ausschließlich den Landwirten oder dem ländlichen Raum zugeordnet werden. Diese sind für das ganze Stadtgebiet und die Gesamtheit der Bevölkerung relevant.

Auf Grund der Größe sowie der Vielzahl und des Umfangs der zu leistenden Tätigkeiten ist die Aufgabengliederung der Stadtverwaltung Potsdam generell nach fachlichen und inhaltlichen Gesichtspunkten geregelt.

Die jeweiligen Aufgaben werden von den zuständigen Struktureinheiten für das gesamte Stadtgebiet und die Gesamtheit der Bevölkerung durchgeführt. Die Stadtverwaltung hat keine Struktureinheiten, die fachlich übergreifend Aufgaben nur für bestimmte Teile des Stadtgebietes (ländlicher Raum) oder einzelne Berufsgruppen (Landwirte) wahrnehmen.

Untersuchungen bzgl. der Ermittlung des für den ländlichen Raum relevanten Anteils an der gesamten Aufgabenerfüllung der bestehenden Struktureinheiten der Verwaltung ergaben, dass dieser Anteil bei den meisten Aufgabengebieten relativ klein ist.

Der hieraus resultierende Personalbedarf für die einzelnen Aufgaben ergibt jeweils nur anteilige Planstellen. Die reale Aufteilung des vorhandenen Personals in den bestehenden Struktureinheiten würde sich daher ausgesprochen schwierig gestalten. Darüber hinaus besteht auch die Gefahr einer Minderung der fachlichen Qualität der Aufgabenerfüllung sowohl für den ländlichen Raum als auch für das sonstige Stadtgebiet.

In einem Schreiben des Kreisbauernverbandes vom 13.02.2006 wurden die Belange des ländlichen Raumes aus der Sicht der Landwirte noch einmal zusammengefasst dargelegt. Diese Belange werden über die bestehende Aufgabenverteilung innerhalb der Stadtverwaltung umfassend abgedeckt.

Bei der Betreuung der Landwirtschaftsbetriebe auf dem Gebiet der Agrarförderung und der Produktion arbeitet die Stadtverwaltung eng mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark zusammen (regelmäßige Abstimmungen, direkte Zusammenarbeit mit den zuständigen Kollegen).

Für die Entwicklung des ländlichen Raumes als Ganzes wurde unter Einbeziehung der Beteiligten und aller relevanten Bereiche der Stadtverwaltung das „Integrierte Ländliche Entwicklungskonzept“ (ILEK) erarbeitet, an dessen Umsetzung auch weiterhin alle Beteiligten unter der Moderation des Regionalmanagements zusammen arbeiten.

Dabei sind vor allem Projekte, die einer Förderung der Direktvermarktung der einheimischen Produkte, einer Vernetzung und Zusammenarbeit der landwirtschaftlichen Betriebe und einer damit verbundenen touristischen Erschließung des ländlichen Raumes der Landeshauptstadt dienen, von besonderer Bedeutung.

Neben der Verwaltung selbst existiert mit dem Arbeitskreis Ländlicher Raum, welchem Vertreter der neuen Ortsteile, des landwirtschaftlichen Berufsstandes und der Verwaltung angehören, ein übergreifendes Gremium, das Belange des ländlichen Raumes aufgreift, bespricht und gemeinsam an Lösungen arbeitet.

Weiterhin wurde der gewachsenen Bedeutung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes im Stadtgebiet mit der Erweiterung der Zuständigkeiten des Ausschusses für Ordnung und Umweltschutz auch für diese Thematik Rechnung getragen.

Im Ergebnis der verwaltungsinternen Prüfung wird daher festgestellt, dass die Schaffung einer neuen Verwaltungseinheit durch eine Zusammenfassung der für den ländlichen Raum relevanten Bereiche nicht zielführend ist.

Hierfür wäre eine organisatorisch, personell und finanziell ineffektive Zersplitterung einer ganzen Reihe bestehender Organisationsstrukturen der Gesamtverwaltung erforderlich. Gleichzeitig ergäben sich hieraus zahlreiche neue Schnittstellen und Abstimmungsbedarfe zur „übrigen“ Verwaltung.

Letztlich dient eine solche verwaltungsseitige Ausgliederung des ländlichen Raumes aus der Gesamtverwaltung auch in keiner Weise dem Zusammenwachsen des alten Stadtgebietes mit den neuen Ortsteilen zu einer gemeinsamen Kommune.

Da ein Großteil der Aufgaben, die den ländlichen Raum betreffen oder tangieren, im Bereich Umwelt und Natur wahrgenommen werden und die zuständigen Ansprechpartner (Frau Riebau, Herr Bolze)

dort zu finden sind, sollte dieser Bezug zukünftig in den Namen des Bereiches bzw. der Arbeitsgruppe Natur- und Landschaftsschutz aufgenommen werden.